Stand: 12.09.2026 12:33:12

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/6251

"Kritik des Landkreistags ernst nehmen: Krankenhausversorgung in Bayern zukunftsfähig gestalten!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/6251 vom 09.04.2025
2. Beschluss des Plenums 19/6321 vom 09.04.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 48 vom 09.04.2025

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 09.04.2025 **Drucksache** 19/**6251**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Kritik des Landkreistags ernst nehmen: Krankenhausversorgung in Bayern zukunftsfähig gestalten!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, folgenden Forderungen des Bayerischen Landkreistags in seinem einstimmigen Beschluss V-543-6 vom 29.01.2025 zu entsprechen und unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um die Krankenhausversorgung in Bayern zukunftsfähig zu gestalten:

“Bayerischer Landkreistag – V-543-6

Umsetzung KHVVG in Bayern – 7-Punkte-Plan der Staatsregierung

Staatsministerin Judith Gerlach hat mit Schreiben vom 18.12.2024 die Umsetzung des 7-Punkte-Plans der Staatsregierung erläutert. Das Vorgehen erscheint aus der Perspektive der Landkreise weiterhin nicht ausreichend als krankenhausplanerische Antwort auf das KHVVG als Vergütungsreform. Aufgrund der hohen politischen Bedeutung der Krankenhausreform erwarten die Landrätinnen und Landräte eine Verantwortungsübernahme durch die Krankenhausplanungsbehörde, die Vorstellung eines Zielbilds für die Krankenhausstruktur im Freistaat Bayern sowie die Verantwortung der Organisation und Durchführung der geplanten Regionalkonferenzen. Der Abdeckung der notfallmedizinischen Versorgung ist bei allen folgenden Einzelpunkten eine besondere Bedeutung zuzurechnen:

1. Das StMGP hat die politische Letztverantwortung für die strukturelle Weiterentwicklung der Krankenhauslandschaft in Bayern. Die Planungsbehörde muss daher eine aktive Verantwortung übernehmen, wozu der 7-Punkte-Plan nur bedingt geeignet ist. Gegenüber den Entscheidungsverantwortlichen vor Ort sowie den Bürgerinnen und Bürger sind Kriterien für ein klares – und realistisches – bayernweites Zielbild (Krankenhausplan) vom Freistaat öffentlich vorzustellen, wobei insbesondere im ländlichen Raum sowohl die Herausforderungen als auch die Chancen (z. B. Umwandlungen in sektorenübergreifende Versorgungseinrichtungen) zu betonen sind.
2. Die Verantwortung für die Regionalkonferenzen, die gem. Punkt 5 vom StMGP als Planungsbehörde lediglich angestoßen werden sollen, kann nicht einem (kleineren) Krankenhausträger oder einer Gruppe von Kliniken übertragen werden. Die Planungsbehörde selbst muss folgende Schritte unternehmen:
   a) Definition von Versorgungsregionen
   b) Vorstellung von Kriterien für ein Zielbild aus Sicht der Planungsbehörde
   c) Einladung der für die jeweilige Regionalkonferenz vorgesehenen Kliniken
   d) bayernweit vergleichbares Organisationskonzept
   e) abschließende Ergebnisvorstellung und -bewertung.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

3. Die Planungsbehörde muss bei der Anerkennung von Leistungsgruppen im Sinne des unter Nr. 2 genannten Zielbilds eine aktive „Schiedsrichterrolle“ übernehmen und eine aktive Auswahlentscheidung treffen. Dies ist insbesondere erforderlich, wenn das geplante Leistungsangebot (Punkt 1 des 7-Punkte-Planes) nicht mit dem erwartbaren Patientenaufkommen (Punkt 2) in einer Versorgungsregion zusammenpasst und daher Unter- oder Überversorgung bzw. ein zerstörerischer Wettbewerb um knappe Fachkräfte-Ressourcen droht.
4. Bei der Zuweisung der Leistungsgruppen an die Krankenhäuser muss das StMGP darstellen, wie ein Windhundrennen um attraktive Leistungsgruppen vermieden werden kann, ansonsten droht in verschiedenen Regionen eine Überversorgung. Gleichzeitig muss die Planungsbehörde Vorschläge erarbeiten, wie in sicherstellungsrelevanten Leistungsbereichen mit einer Unterversorgung aufgrund der Nichterfüllung der Qualitätskriterien für verschiedene Leistungsgruppen umgegangen werden soll. Die Kliniken benötigen für die Antragstellung von Leistungsgruppen vor allem Planungssicherheit.
5. Die Planungsbehörde muss die wirtschaftliche Betriebsfähigkeit des zugewiesenen Leistungsgruppen-Mix berücksichtigen. Das KHVVG ändert nicht die unterschiedliche wirtschaftliche Tragfähigkeit der Krankenhausleistungen, baut aber für kleinere Kliniken durch die hohen Strukturvorgaben neue Hürden auf. Daher muss die Planungsbehörde durch einen „Zuweisungs-Mix“ von Leistungsgruppen eine auskömmliche betriebswirtschaftliche Grundlage schaffen. Für bedarfsnotwendige Krankenhäuser im ländlichen Raum sind für sicherstellende Kommunen ggf. gezielte Förderungen erforderlich, z. B. nach dem Muster der Geburtshilfe.
6. Durch die Reduzierung der akutstationären Versorgung werden sich die sensiblen medizinischen Bereiche im Rettungsdienst, in der ambulanten fachärztlichen Versorgung sowie in der Kurzzeit- und Langzeitpflege verschärfen. Daher sind diese Bereiche bei den Leitplanken („Matrix“) gem. Punkt 3 verbindlich zu berücksichtigen.
7. Bei der gemeinsam getragenen Investitionskostenförderung („Krankenhausmilliarde“) ist der besonderen Belastung der kommunalen Haushalte durch den geforderten Transformationsprozess Rechnung zu tragen. Derzeit werden die kommunalen Krankenhausträger durch die akuten Betriebskosten-Defizite und durch erhöhte Kosten im Zuge der Erfüllung von künftigen Strukturvorgaben bei den eigenen Kliniken sowie durch die erhöhten gemeinsam getragenen Investitionskostenförderungen auf Landesebene dreifach belastet. Dadurch werden die Kommunen überfordert und die schwierigen Diskussionen in kommunale Vertretungskörperschaften verlagert. Der Freistaat sollte daher den kommunalen Finanzierungsanteil an den Investitionsfördermitteln künftig deutlich reduzieren, wie z. B. in Niedersachsen. Gleichzeitig darf der staatliche Anteil an den Investitionsfördermitteln nicht mit den Mitteln aus dem Transformationsfonds des Bundes verrechnet werden.
8. Aus Sicht der Landkreise handelt es sich bei den Krankenhäusern um ein hochpolitisches Thema, das nicht nur bei der Bundestagswahl, sondern auch bei der Kommunalwahl 2026 eine relevante Rolle spielen wird. Weder der Freistaat noch die Kommunen können hier auf Zeit spielen. Daher besteht der dringende Wunsch der Landräte für 2025 darin, hier eine gemeinsame Verantwortung zu übernehmen.

München, 29.01.2025”

Bayerischer Landtag

19. Wahlperiode 09.04.2025 **Drucksache** 19/**6321**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib, Anna Rasehorn, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Nicole Bäumler, Florian von Brunn, Martina Fehlner, Christiane Feichtmeier, Sabine Gross, Ruth Müller, Harry Scheuenstuhl, Dr. Simone Strohmayr, Katja Weitzel** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 19/**6251**

Kritik des Landkreistags ernst nehmen: Krankenhausversorgung in Bayern zukunftsfähig gestalten!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold
Abg. Andreas Hanna-Krahl
Abg. Ruth Waldmann
Abg. Thorsten Freudenberger
Erster Vizepräsident Tobias Reiß
Abg. Andreas Winhart
Abg. Susann Enders
Abg. Martin Stümpfig

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich nun die Dringlichkeitsanträge auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Krankenhausplanung in Bayern aktiv gestalten! Kommunen und Kliniken nicht am ausgestreckten Arm verhungern lassen! (Drs. 19/6240)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Volkmar Halbleib u. a. und Fraktion (SPD)
Kritik des Landkreistags ernst nehmen: Krankenhausversorgung in Bayern zukunftsfähig gestalten! (Drs. 19/6251)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Krankenhausreform nachbessern, mehr Flexibilität für die Länder und finanzielle Mittel für die Krankenhäuser (Drs. 19/6252)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und erteile dem Kollegen Andreas Hanna-Krahl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort. Bitte.

Andreas Hanna-Krahl (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Die Signale sind unüberhörbar, und diese Signale kommen längst auch aus den eigenen Reihen: Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte, der Bayerische Städtetag, der Bayerische Landkreistag, sie alle schlagen Alarm. Ihr gemeinsamer Appell ist eigentlich unmissverständlich: Die Kranken-

hausversorgung vor Ort steht mittlerweile auf dem Spiel, und sie fühlen sich von dieser Staatsregierung im Stich gelassen.

Was sie fordern, ist eigentlich das Offensichtliche: eine tragfähige, zukunftssichere Krankenhausplanung; das Ganze nicht irgendwann, sondern genau jetzt, bevor die Strukturen endgültig wegbrechen. Und nein, es reicht eben nicht, sich hinter einer reinen Moderatorenrolle zu verstecken. Es reicht nicht zu hoffen, dass die Kliniken den Strukturwandel allein bewältigen.Die Verantwortung für eine geordnete, zukunftsgerichtete Krankenhausplanung liegt bei der Staatsregierung. Das ist ausschließlich die Aufgabe der Bayerischen Staatsregierung.

Niemand von den Krankenhausträgern will freiwillig auf lukrative Leistungsgruppen verzichten. Niemand wird freiwillig ein eigenes Krankenhaus schließen. Wie denn auch? – Das wäre politischer Selbstmord für jeden Bürgermeister, für jeden Landrat und für jeden kommunalen Verantwortungsträger. Der Bund hat ganz bewusst einen flexiblen Rahmen geschaffen, um den Ländern Handlungsspielräume zu eröffnen. Und was macht Bayern? – Sie schauen zu, Sie warten, und Sie hoffen. Das ist kein Konzept, meine Damen und Herren, das ist schlicht fahrlässig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In der Zwischenzeit passiert dann genau das, wovor Expert:innen seit Jahren warnen: ein regelrechtes Wettrüsten innerhalb den Kliniken, statt Kooperation Konkurrenz, statt Versorgungssicherheit Standortkampf. Ressourcen fließen nicht in die Versorgung, sondern in Beraterverträge, Strategiepapiere und teure Gutachten. Neue Abteilungen entstehen nicht nach medizinischem Bedarf, sondern ausschließlich aus Angst, zu den Verlierern der Reform zu gehören. Genau das, meine Damen und Herren, ist das Problem.

Wir brauchen einen gemeinsamen Plan, keine Einzelstrategien im Überlebenskampf. Statt zu führen, moderieren Sie. Statt zu gestalten, verwalten Sie. Dabei verschärfen

Sie den Wettbewerb bis hin zur systematischen Schieflage im ganzen Krankenhauswesen im Freistaat.

Wir brauchen jetzt einen echten Kurswechsel, weg von Einzelkämpfertum und blindem Idealismus hin zu einer echten Steuerung und einer strukturierten Zusammenarbeit. Das Staatsministerium in Bayern muss endlich die Verantwortung übernehmen, als Kapitän dieses schwer beladene Schiff in der stürmischen See auch zu steuern.

Was wir brauchen? – Orientierung, eine verlässliche Strategie, einen klaren Kompass, einen realistischen Fahrplan und eine transparente Kommunikation. Nur so, meine Damen und Herren, schaffen wir Sicherheit für die Beteiligten vor Ort und für die Menschen, die auf eine funktionierende Versorgung auch angewiesen sind. Bauen Sie Brücken zwischen den Versorgern, anstatt sie durch Ihre Untätigkeit gegeneinander auszuspielen. Alle anderen Bundesländer handeln bereits. Tun Sie es auch; denn eines ist in aller Deutlichkeit klar: Die Kommunen im Freistaat Bayern können diesen Wandel nicht allein schultern. Die Verantwortung liegt bei der Staatsregierung, und es ist höchste Zeit, dass Sie sie übernehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist fünf vor zwölf. Sie müssen sich diesem Strukturwandel stellen, notfalls gesetzliche Grundlagen schaffen und ein Konzept für alle bayerischen Regionen erarbeiten. Das Ziel dabei muss klar sein: Erstens eine verlässliche Grund- und Notfallversorgung in allen Regionen, zweitens eine gezielte Umbündelung und Spezialisierung genau dort, wo medizinisch sinnvolle Kooperationen entstehen, und drittens eine Krankenhauslandschaft, die sich an den tatsächlichen Bedürfnissen der Menschen orientiert und nicht an Marktmechanismen und Konkurrenzkampf. Wenn die Staatsregierung jetzt nicht handelt, setzt sie die gesamte Krankenhausversorgung im Freistaat aufs Spiel.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist für die SPD-Fraktion die Kollegin Ruth Waldmann. Bitte schön, Frau Abgeordnete, Sie haben das Wort.

Ruth Waldmann (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen hier im Hohen Haus! Dass wir hier in Bayern endlich eine echte Krankenhausplanung brauchen, für die die Staatsregierung zuständig ist, haben Sie von mir jetzt schon ziemlich oft gehört. Aber leider wollen Sie irgendwie nicht recht hören. Deswegen habe ich Ihnen das heute einmal aus anderem Mund mitgebracht. Ich habe Ihnen den wortwörtlichen einstimmigen Beschluss des Bayerischen Landkreistages von Ende Januar dieses Jahres mitgebracht, der praktisch haargenau das formuliert, was ich Ihnen die ganze Zeit versuche nahezubringen. Da ich die Hoffnung habe, dass Sie darauf vielleicht etwas mehr hören, möchte ich Ihnen die wichtigsten Passagen einmal vortragen, auch in Bezug auf diesen 7-Punkte-Plan übrigens. Hier wird gesagt:

> "Staatsministerin Judith Gerlach hat […] die Umsetzung des 7-Punkte-Plans der Staatsregierung erläutert. Das Vorgehen erscheint aus der Perspektive der Landkreise weiterhin nicht ausreichend als krankenhausplanerische Antwort auf das KHVVG als Vergütungsreform. Aufgrund der hohen politischen Bedeutung der Krankenhausreform erwarten die Landrätinnen und Landräte eine Verantwortungsübernahme durch die Krankenhausplanungsbehörde, die Vorstellung eines Zielbilds für die Krankenhausstruktur im Freistaat Bayern sowie die Verantwortung der Organisation und Durchführung der geplanten Regionalkonferenzen. [...]
>
> Das StMGP hat die politische Letztverantwortung für die strukturelle Weiterentwicklung der Krankenhauslandschaft in Bayern. Die Planungsbehörde muss daher eine aktive Verantwortung übernehmen, wozu der 7-Punkte-Plan nur bedingt geeignet ist. Gegenüber den Entscheidungsverantwortlichen vor Ort sowie den Bürgerinnen und Bürgern sind Kriterien für ein klares – und realistisches – bayernweites Zielbild (Krankenhausplan) vom Freistaat öffentlich vorzustellen,

wobei insbesondere im ländlichen Raum sowohl die Herausforderungen als auch die Chancen […] zu betonen sind.

Die Verantwortung für die Regionalkonferenzen […] kann nicht einem (kleineren) Krankenhausträger oder einer Gruppe von Kliniken übertragen werden."

Das wird dann in einzelnen Punkten noch aufgeschlüsselt. Dann geht es darum, wer etwas macht und wer welche medizinischen Leistungen anbietet:

"Die Planungsbehörde muss bei der Anerkennung von Leistungsgruppen im Sinne des […] genannten Zielbilds eine aktive ‚Schiedsrichterrolle' übernehmen und eine aktive Auswahlentscheidung treffen. Das ist insbesondere erforderlich, wenn das geplante Leistungsangebot […] nicht mit dem erwartbaren Patientenaufkommen […] in einer Versorgungsregion zusammenpasst und daher Unter- oder Überversorgung bzw. ein zerstörerischer Wettbewerb um knappe Fachkräfte-Ressourcen droht.

Bei der Zuweisung der Leistungsgruppen an die Krankenhäuser muss das StMGP darstellen, wie ein Windhundrennen um attraktive Leistungsgruppen vermieden werden kann, ansonsten droht in verschiedenen Regionen eine Überversorgung. Gleichzeitig muss die Planungsbehörde Vorschläge erarbeiten, wie in sicherstellungsrelevanten Leistungsbereichen mit einer Unterversorgung aufgrund der Nichterfüllung der Qualitätskriterien […] umgegangen werden soll. Die Kliniken benötigen für die Antragstellung von Leistungsgruppen vor allem Planungssicherheit."

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Das schreiben Ihnen Ihre Landrätinnen und Landräte, die zu einem überwiegenden Teil von CSU und FREIEN WÄHLERN im Freistaat gestellt werden. Das schreiben sie Ihnen ins Stammbuch. Die können nicht mehr abwarten. Die wissen nicht, wie sie so

weiterarbeiten sollen. Die erinnern Sie an Ihre Verantwortung. Damit meinen sie auch Sie alle hier im Haus. So geht es nicht weiter. Man kann sich da nicht wegducken.

Mir war einfach wichtig, Ihnen das einmal vorzutragen. Das sind alles nicht meine Forderungen, sondern die Forderungen der Landrätinnen und Landräte. Sie sind aber wortwörtlich eigentlich das, was ich Ihnen schon seit Jahr und Tag nahezubringen versuche.

Noch kurz zu den beiden Anträgen von GRÜNEN und CSU: Wir werden dem Antrag der GRÜNEN zustimmen, obwohl die Rechtsgrundlage für eine aktive Krankenhausplanung schon seit Jahr und Tag besteht. Da reicht ein Blick ins Gesetz. Die Staatsregierung kommt ihrer Pflicht an dieser Stelle halt nicht nach.

Was den Dringlichkeitsantrag der CSU angeht: Da geht es um diesen 7-Punkte-Plan, der ja auch von den Landräten noch einmal als unzureichend charakterisiert wurde. Außerdem gibt es noch die Forderung eines Berichts über den Sachstand und die Umsetzung dieses 7-Punkte-Plans. Das brauchen wir nicht; denn der Gesundheitsausschuss hat schon im November auf meinen Antrag hin einen einstimmigen Beschluss gefasst – den haben wir gemeinsam gefasst –, dass wir einen Bericht darüber haben möchten.

(Beifall bei der SPD)

Ich sehe schon, ich kriege noch ein bisschen Zeit dazu.

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Ja, Frau Kollegin, bleiben Sie gerade noch einen Moment am Rednerpult. – Zunächst gebe ich bekannt, dass die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zu ihrem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 19/6240, also zu dem aktuellen Dringlichkeitsantrag, namentliche Abstimmung beantragt hat. – Dann erteile ich für eine Zwischenbemerkung dem Kollegen Andreas Hanna-Krahl für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

Andreas Hanna-Krahl (GRÜNE): Sehr geehrte Kollegin Waldmann, liebe Ruth, um das klarzustellen: Nicht wir als solche – ich gebe dir in deiner Einschätzung recht – vermissen eine gesetzliche Grundlage, sondern der Antrag basiert auf der Antwort der Staatsregierung auf eine Schriftliche Anfrage.Die Staatsregierung sagt selbst, sie habe keine Rechtsgrundlage. Deswegen zur Klarstellung und zum Verständnis der Intention: Wer, wenn nicht der Bayerische Landtag, könnte eine Rechtsgrundlage schaffen, wenn sie die Staatsregierung schon vermisst? Das zur Klarstellung.

Ruth Waldmann (SPD): Danke für die Klarstellung. Das kann ich gut nachvollziehen. In der Tat irrt die Staatsregierung, wenn sie meint und immer wiederholt, sie könne und dürfe nicht zuordnen und aktiv eingreifen. Krankenhausplanung ist Ländersache. Das steht schon seit vielen Jahren im Krankenhausgesetz. Das müssen Sie einfach machen. Darauf kommt es jetzt an. Hören Sie dann bitte auf Ihre Landrätinnen und Landräte, wenn es Ihnen bei uns schon so schwerfällt.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Der nächste Redner ist der Kollege Thorsten Freudenberger für die CSU-Fraktion. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Thorsten Freudenberger (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich gehöre diesem Hohen Haus seit fast eineinhalb Jahren an. Zum wiederholten Male geht es um das Thema der Krankenhausplanung auf der Grundlage eines Dringlichkeitsantrages – in diesem Fall von einem der GRÜNEN und nachgeschoben von der SPD. Er ist leider – darauf werde ich ausführlich eingehen – sehr plakativ und fordert wieder das Gleiche. Täglich grüßt das Murmeltier. Es wird pauschal unterstellt, der Freistaat hätte in Sachen Krankenhausplanung nichts getan.

(Volkmar Halbleib (SPD): Das war der Landkreistag!)

Es wird pauschal gefordert, der Freistaat solle endlich anfangen, für alle Krankenhäuser in Bayern eine konkrete Planung vorzunehmen. Sie beziehen sich dabei auch auf die kommunale Familie. Das kann man machen. Frau Kollegin Waldmann, wenn Sie aber schon zitieren, was die kommunale Ebene in Bayern so alles zum Thema Krankenhaus sagt, dann haben Sie genauso wie der Vorredner bisher völlig ausgespart, woher die Problematiken in der Krankenhauslandschaft im Wesentlichen kommen. Die Problematik, der hektische Reformdruck, hat viel zu tun mit einem planlosen Vorgehen des noch amtierenden Bundesgesundheitsministers Lauterbach und dessen verkorkster Gesundheitsreform. Das haben Sie bisher völlig unerwähnt gelassen.

(Beifall bei der CSU)

Das Zitat des Bayerischen Landkreistages dazu lautet – er schreibt wörtlich in einem Brief –: Mit der Lauterbach‘schen Reform stehen die Krankenhäuser in Bayern vor einer nie dagewesenen Unsicherheit. – Diese Unsicherheit gibt es immer noch. Um im Bild zu bleiben – ich fahre mit dem Zitat fort –: Es wird eine "Operation am offenen Herzen ohne Narkose".

Wenn Sie schon den Reformdruck erwähnen, den es tatsächlich gibt, dann sparen Sie die eigentliche Begründung dafür bitte nicht aus. Ich wiederhole: Der Grund ist die verkorkste Reform aus Berlin, die heute zu Unsicherheit führt. Jetzt bin ich schon bei der Krux: Während Sie fordern, der Freistaat solle doch mal für die gesamte Krankenhauslandschaft in Bayern eine Großplanung vorlegen, sind so viele Parameter aus Berlin noch so ungewiss, dass man überhaupt nicht planen kann, und zwar weder die Träger vor Ort noch der Freistaat Bayern können das. Das sind die Schwierigkeiten und Hinterlassenschaften der Ampel-Regierung und nicht unsere Verantwortung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Neben den Planungsfragen sind finanzielle Fragen das, was alle Träger Ihnen sagen werden. Das ist das, was Ihnen sowohl der Städtetag als auch der Landkreistag sagen wird. Auch das haben Sie nicht zitiert. Das größte Problem ist die aktuelle

Unterfinanzierung des Krankenhauswesens nach der Corona-Pandemie: gestiegene Betriebskosten, gestiegene Personalkosten, kein Inflationsausgleich, eine stetige Weigerung aus Berlin, Defizite der Krankenhäuser zumindest teilweise abzudecken bzw. zu übernehmen. Darin besteht die Grundproblematik, mit der sich unsere Häuser in der Praxis vor Ort tatsächlich herumzuschlagen haben.

Was ist zu tun? – Wir werden mehr Geld im System brauchen. Die neue Bundesregierung wird sich formieren müssen. Unsere Forderung an Berlin und den Bund bleibt natürlich bestehen, nämlich dass wir eine auskömmliche Finanzierung unserer Krankenhäuser möchten. Wir sind uns mit denjenigen, die sich vernünftig mit Sachthemen im Bereich des Krankenhauses auseinandersetzen, in einem Punkt wahrscheinlich einig, nämlich dass es einen Reformdruck gibt und dass wir Transformationen brauchen. Es ist auch angekündigt, dass der Transformationsfonds Geld erhalten soll, damit die Krankenhäuser aus ihm unterstützt werden können. Das sind richtige Wege für die Krankenhausentwicklung und für die Krankenhausplanung.

Ihre Antwort auf die zukünftigen Herausforderungen und die aktuellen Schwierigkeiten der bayerischen Krankenhäuser ist: Freistaat, plane doch mal! Das hört sich nach zentraler Krankenhausplanwirtschaft an.

(Widerspruch des Abgeordneten Andreas Hanna-Krahl (GRÜNE))

Planwirtschaft ist schon mehrfach gescheitert – in der deutschen Geschichte sowieso. Ich glaube nicht, dass diese zentrale Planwirtschaft etwas bringt.

Ich stelle Ihnen gleich Fragen, um zu zeigen, dass Sie offensichtlich nicht bereit sind bzw. waren, weder heute noch in den vorangegangenen Diskussionen, mal Details zu beleuchten. Am Ende müssen wir als politisch Verantwortliche klären, wie wir es eigentlich machen wollen. Das ist nachlesbar: Es gibt einen Sicherstellungsauftrag der bayerischen Kommunen. Wollen Sie diesen beschränken? Wollen Sie ihn eingrenzen? Wollen Sie ihn umformulieren? Wollen Sie ihn abschaffen? Äußern Sie sich doch bitte einmal zu diesen Fragen. Was ist mit der kommunalen Selbstverwaltung, die wir so

hoch achten? Ich zumindest und viele andere stehen zu ihr. Wollen wir haben, dass die Träger vor Ort über die Krankenhäuser, die ihnen gehören oder vielleicht sogar in privater Hand sind, auch zukünftig eigenständig Entscheidungen treffen können, oder wollen wir das nicht? Wollen wir eine zentrale Krankenhausplanung, wo in München, in welchen Zirkeln auch immer, entschieden wird, ob man die Krankenhausversorgung an einem beliebigen Ort in Bayern haben will oder nicht? Wie schaffen wir es dann eigentlich, notwendige Reformen vor Ort auch zu erklären und zu vermitteln? Oder geht es Ihnen darum, dass man in München auch unliebsame Entscheidungen trifft, gegen die Sie dann vor Ort demonstrieren können, weil der Münchner an allem schuld ist?

Momentan haben wir den Vorteil, dass wir in einer kooperativen Planung schwierige Entscheidungen auch gemeinsam treffen und auch gemeinsam vermitteln. Ich finde das politisch ein wichtiges Gut, um eine weitere Spaltung der Gesellschaft zu vermeiden und um schwierige Schritte zu erklären und gemeinsam zu gestalten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Am Ende ist es so, dass Sie sagen: Na ja, wir wissen auch nicht, wie es geht. Sie sagen einfach: Der Freistaat soll mehr machen. Liefert uns mal die gesetzliche Vorlage dafür. – Nein! Beantworten Sie erst mal die genannten Fragen. Das ist nämlich Arbeit im Detail und nicht nur plakatives Fordern und ein Sich-plakativ-gut-darstellen-Wollen. Genau das fordern wir, dass Sie diese Fragen beantworten. Dann würde ein Gesetz kommen. Aber nicht so, wie Sie es machen.

(Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der Sache geht es um die folgende Frage: Wie entwickeln wir in einer schwierigen Situation – ich habe es skizziert – die bayerischen Krankenhäuser weiter?

Erstens. Wir brauchen eine auskömmliche Finanzierung, Stichwort Betriebskostendefizite. Der Bund ist gefordert. Die neue Bundesregierung wird sich darum kümmern müssen und wird sich auch darum kümmern.

Zweitens. Auch das verschweigen Sie immer wieder: Wenn man sich mit der Sache beschäftigt, kommt man, egal welcher Partei man angehört, bei objektiver Betrachtung zu folgendem Ergebnis: Es gibt schon immer eine bayerische Krankenhausplanung. Das bayerische Staatsministerium führt einen Krankenhausplan. Als früherer Vertreter eines Krankenhausträgers darf ich Ihnen das einmal beschreiben: Sie können in Bayern ohne Zustimmung des Ministeriums keine zusätzlichen Betten bekommen. Sie können Betten nicht abbauen. Sie können in Zukunft gewisse Leistungen nicht anbieten oder nicht mehr anbieten ohne Absprache mit dem Ministerium. Daraus zu folgern, dass das Ministerium nichts tue und alles ignoriere und seit Jahren in Bayern alles laufen lasse, ist in der Praxis absurd. Ich werfe Ihnen nicht vor, dass Sie nicht in der Praxis tätig waren. Das ist gar kein Problem; aber dann informieren Sie sich bitte erst einmal vorher, bevor Sie solche Forderungen aufstellen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Volkmar Halbleib (SPD): Na, na! Jetzt ist aber mal gut! Für die Arroganz gibt es keinen Grund!)

Es gibt den Krankenhausplanungsausschuss.

(Volkmar Halbleib (SPD): Für Ihre Arroganz gibt es keinen Grund, Herr Kollege!)

Nehmen Sie bitte die Institutionen, die es schon gibt, zur Kenntnis und das, was die machen und in der Vergangenheit gemacht haben. Das darf man hier noch sagen. Das ist auch wichtig.

Das Weitere ist: Was passiert bei der Weiterentwicklung? Es gibt den 7-Punkte-Plan. Es gab auch von der kommunalen Seite Kritik. Ich sehe das so: Es muss doch zwischen den verschiedenen politischen Ebenen auch einen konstruktiven Austausch geben, aber auch einmal einen kritischen. Was ist denn daran schlimm?

Daher werden wir die Chancen der sieben Punkte für die Weiterentwicklung der bayerischen Krankenhauslandschaft nutzen. Wir haben es noch gar nicht versucht, aber es wird schon geurteilt, dass das angeblich nicht geht. Ich halte das für einen falschen Weg. Kooperative Planung, auf den bewährten Strukturen aufbauend mit dem 7-Punkte-Plan, der jetzt in die Umsetzung geht, und in enger Abstimmung mit der kommunalen Familie – das ist unser Weg.

Am Schluss meinen Dank an alle, die dafür sorgen, dass wir in Bayern gute Krankenhäuser haben: das ärztliche Personal, die Pflegerinnen und Pfleger. Bei aller politischen Diskussion, bei allem Streit in der Sache lassen Sie uns nicht vergessen, denen zu danken, die dafür sorgen, dass die bayerische Bevölkerung heute und in Zukunft gut versorgt wird. Allen, die im Krankenhaus arbeiten, aufrichtigen Dank!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Wir haben zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung, zunächst von der Kollegin Ruth Waldmann, SPD-Fraktion.

Ruth Waldmann (SPD): Meine Hauptfrage ist eigentlich ganz einfach: Wie kommt es denn, dass die anderen Bundesländer schon längst dazu in der Lage sind und schon eine aktive Krankenhausplanung machen, die Sie für Bayern für völlig unzumutbar und undurchführbar halten? Die anderen Länder sind da schon viel weiter.

Wollen Sie wirklich sagen, dass dieser Krankenhausplanungsausschuss, der im Grunde einen Bettenplan von 1974 fortschreibt, eine aktive Versorgungsplanung für die Zukunft ersetzen kann? Die Landräte können das doch nicht alleine machen, sondern es muss doch eine Versorgungsplanung zugrunde gelegt werden, die übrigens über das Krankenhaus hinausgeht, auch die ambulante Versorgung einbezieht und insgesamt einfach die medizinische Versorgung abbildet.

Wir brauchen die Krankenhausreform, weil es finanziell schwierig ist. Sie ist eine Reform der Vergütung, weil die Vergütung so nicht mehr funktioniert. Inzwischen erkennt

ja auch die Staatsregierung an, dass es sich um eine Vergütungsreform handelt, die übrigens den Ländern deswegen auch gar nicht zu sehr ins Handwerk pfuscht, sondern die Länder müssen sie jetzt eben umsetzen und für sich definieren, wer was wo machen soll.

(Beifall bei der SPD)

Thorsten Freudenberger (CSU): Vielen Dank für die Fragen, die uns dahin führen, wohin ich auch wollte, nämlich zu einer fachlichen Diskussion.

Punkt eins, Krankenhausreform: Ich habe nie gesagt, dass wir die nicht brauchen. Die hat gute Elemente, aber dort, wo sie schlecht ist, müssen wir nachsteuern.

(Volkmar Halbleib (SPD): Da kommen wir der Sache schon näher!)

Die Kommunikation und die Umsetzung waren schlecht; das sagen alle Verbände, übrigens auch die kommunale Familie. Auch das können Sie nachlesen.

Punkt zwei: Warum sollen die Kommunen das eigentlich alleine machen? Ich sage die ganze Zeit: Wir brauchen eine kooperative Krankenhausplanung. Die sieben Punkte erweitern diese. Wir werden das machen, also ist sie kooperativ, und keine Kommune wird alleingelassen. Ich habe bis vor Kurzem in einer Kommune Verantwortung getragen. Ich wurde nicht alleingelassen. Wir haben es zusammen gemacht. Wir haben sehr ernsthafte Einschnitte vornehmen müssen, unter anderem die Schließung eines Hauses.

Zur dritten Frage: Warum ist es in Bayern anders als anderswo? – Weil es historisch anders gewachsene Strukturen sind. Im Osten Deutschlands habe ich andere gewachsene Strukturen. In NRW habe ich viele große Krankenhäuser in großen Städten. Bayern ist eben städtisch und ländlich. Ich möchte, dass in Bayern auch auf dem Land in Zukunft eine gute Krankenhausversorgung vorherrscht. Das ist die Aufgabe.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Daher kann ich auch nicht einfach wieder pauschal sagen: –

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie bitte auf die Redezeit.

Thorsten Freudenberger (CSU): – In anderen Ländern ist alles gut und bei uns nicht. Das ist unser Weg, und dafür stehen wir ein.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, es gibt eine zweite Zwischenbemerkung des Kollegen Hanna-Krahl, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Andreas Hanna-Krahl (GRÜNE): Sehr geehrter Kollege Freudenberger, Sie stellen die Forderung nach einer Krankenhausplanung als Forderung der Opposition dar. Ich verweise in dieser Sache auf § 6 Absatz 1 des Krankenhausfinanzierungsgesetzes des Bundes. Die Bundesländer sind nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz verpflichtet, aktiv Krankenhauspläne und Investitionsprogramme aufzustellen. Das heißt, die von Ihnen dargestellte plakative Forderung der Opposition ist im Bundesgesetz festgeschrieben.

(Volkmar Halbleib (SPD): Hört, hört!)

Die konkrete Frage an Sie: Sie haben durchaus den 7-Punkte-Plan der Ministerin Gerlach mit der Betonung angesprochen, wir sollen Sie doch einfach mal machen lassen. Die Vorstellung dieses 7-Punkte-Plans liegt mittlerweile fast ein halbes Jahr zurück. Wann können wir denn damit rechnen, dass Sie machen?

Thorsten Freudenberger (CSU): Herr Hanna-Krahl, vielen herzlichen Dank für die Nachfrage. Das Bundesgesetz schreibt es vor. Ich habe mehrfach ausgeführt: Bayern macht eine aktive Krankenhausplanung. Das schließt aber doch überhaupt nicht aus, diese kooperativ mit den Trägern vor Ort zu machen, und genau das tun wir. Der 7-Punkte-Plan schreibt es fort. Viele Elemente des Plans sind schon in Kraft. Der Bericht, den wir, wie Sie richtig ausgeführt haben, einstimmig gefordert haben, wird

kommen. Dann wollen wir darüber reden, das auch evaluieren und fortentwickeln – wenn Sie möchten, gerne gemeinsam.

Sie haben noch erwähnt, dass wir verpflichtet sind zu investieren. Bloß mal ein Hinweis: Wir investieren 800 Millionen Euro. Das Land, in dem Sie Verantwortung tragen, Baden-Württemberg, nicht einmal die Hälfte. Darüber können Sie auch einmal nachdenken. Jetzt sind wir aber so langsam in der fachlichen Auseinandersetzung, sehr gerne.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Nächster Redner ist Kollege Andreas Winhart für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Politik ist immer ein bisschen ein Wettbewerb. Wir haben heute gleich drei Dringlichkeitsanträge. Ich kann Ihnen sagen: alle drei mangelhaft, gleich schlecht, machen Sie sich keine Hoffnungen. Ich erkläre Ihnen jetzt auch, warum. Fangen wir mit dem Pamphlet an, das die GRÜNEN vorgelegt haben:

(Zuruf von den GRÜNEN)

"Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Krankenhausplanung in Bayern aktiv zu gestalten und falls nötig, eine entsprechende Rechtsgrundlage für eine aktive Krankenhausplanung zu schaffen."

Gibt es jetzt bereits eine Rechtsgrundlage, auf der man planen kann, oder gibt es sie nicht? – Meiner Meinung nach gibt es sie logischerweise; dann kann man sich den zweiten Halbsatz schon einmal sparen. Ich weiß nicht, was Sie sich dabei gedacht haben. Ganz frei gesagt: Planen kann man immer, man kann sich immer über etwas

Gedanken machen. Die Frage ist: Wie verbindlich ist diese Planung? Das fehlt mir im Dringlichkeitsantrag komplett.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Daher können wir nicht anders, als ihn abzulehnen. Dann hat sich die CSU inklusive kleinem Anhängsel bemüht.

(Widerspruch der Abgeordneten Marina Jakob (FREIE WÄHLER))

– Frau Kollegin, 1,5 % bei der Bundestagswahl brauchen wir jetzt nicht mehr zu diskutieren, oder?

(Beifall bei der AfD)

Es ist das übliche Programm: Der Landtag stellt mal wieder fest, was eigentlich schon über alle Wege bekannt ist, dass eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe stationäre Versorgung von großer Bedeutung ist. Hört, hört! Diese Erkenntnis ist jetzt auch zu CSU und FREIEN WÄHLERN durchgedrungen. Das ist schön; das sagen wir Ihnen schon seit Monaten.

Dann fangen Sie wieder mit Ihrem 7-Punkte-Plan an. Das ist nichts anderes als die Anbiederung an die Lauterbach‘sche Reform. Das ist genau das, was wir in Bayern nicht brauchen. Sie schreiben weiter, dass man sich die Leistungsgruppen-Voraussetzungen für die Einzelfälle anschauen muss. Da gehen wir noch mit, das ist okay, aber der dritte Spiegelstrich ist eigentlich der entscheidende; dort schreiben Sie:

> "soll der Bund, da der größte Teil der Krankenhäuser weiterhin rote Zahlen schreibt, deren Träger im Bereich der Betriebskosten wirksam entlasten."

Nicht der Bund muss entlasten, sondern wir brauchen auf Dauer neue DRGs, also diese neuen Fallpauschalen oder Versorgungspauschalen oder was auch immer. Die gesamte Finanzierung muss neu geregelt werden, anstatt die Krankenhäuser wieder

an einen neuen Tropf zu hängen. Das bringt uns keinen Millimeter weiter. Dann schreiben Sie noch:

> "Die Staatsregierung wird schließlich aufgefordert, im Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention über den Sachstand des 7-Punkteplans zu berichten."

Den Bericht habe ich Ihnen vorhin bei der Aussprache zum Krankenhausgesetz schon gegeben. Passiert ist bisher nichts bis auf den Gesetzentwurf zu Punkt 7, den wir vorhin beraten haben, der aber auch schon längst überholt ist, wie Herr Grossmann selbst zugegeben hat.

Dann haben wir noch den Antrag der SPD. Die SPD hat es sich besonders einfach gemacht: Sie hat nämlich beim Landkreistag abgeschrieben; das steht auch eins zu eins so drin. Da ist kein bisschen SPD drin, das ist der Landkreistag. Auch so kann man große Politik machen.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Waldmann (SPD))

– Ganz ruhig. Wissen Sie, Frau Kollegin Waldmann, das Problem ist, dass Sie das Desaster der bayerischen Krankenhäuser mit Ihrer Lauterbach‘schen Reform in Berlin selbst verursacht haben.

(Lachen der Abgeordneten Ruth Waldmann (SPD))

Da kommt das Problem her. Das haben Sie selbst verpfuscht, beispielsweise bei der Krankenhausplanung, dass der Bund gemeint hat, über die Finanzierung kann er in die bayerische Krankenhausplanung eingreifen, indem er für Notfallstationen, bei denen im Umkreis von 30 Minuten noch eine andere ist, keine Finanzierung mehr gibt, dass man in die V-I-Krankenhäuser beispielsweise eingreift usw., was sich Herr Lauterbach alles an Witzigkeiten hat einfallen lassen, die hoffentlich bald wieder abgeschafft werden.

(Ruth Waldmann (SPD): Darum geht es doch gar nicht!)

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas zur Landeskrankenhausplanung – passen Sie gut auf, jetzt können Sie etwas lernen –: Es gibt im Bayerischen Krankenhausgesetz den Artikel 7; darin wird der Bayerische Krankenhausplanungsausschuss beschrieben. Wissen Sie, was Sie unter Nummer 5 finden? – Den Bayerischen Landkreistag als Mitglied in diesem Gremium. Da schließt sich der Kreis. Dieser Antrag ist völliger Murks und umsonst. Daher lehnen wir alle drei Anträge ab.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Für die Fraktion der FREIEN WÄHLER: Kollegin Susann Enders.

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren! Dass dieses Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz wie ein Damoklesschwert über allen Kliniken in ganz Deutschland und auch in Bayern hängt, ich glaube, das hat mittlerweile der Letzte begriffen. Dieser ökonomische Druck auf die Krankenhäuser wächst, zwingt sie in die Knie und hat etliche dringend notwendige Krankenhäuser in Bayern bereits zum Aufgeben oder zum Umstrukturieren gebracht. Unter diesen Voraussetzungen ist doch die Frage, ob die Versorgungsqualität weiterhin auf dem hohen Niveau, das wir hier in Bayern für unsere Bürgerinnen und Bürger erwarten, zu halten ist. Das ist für mich fraglich. Aber Bayern handelt. Das betonen wir FREIE WÄHLER und dazu stehen wir als FREIE WÄHLER auch. Da ist das zuständige Ministerium weiterhin und noch viel mehr gefragt. Das steht fest.

Im Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN wird viel wiederholt ohne neue Argumente. Kollege Krahl hat in seiner Werbungsrede für den Antrag gesagt, niemand will Verlierer dieser Krankenhausreform sein.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Darf ich Sie daran erinnern, wie heuchlerisch das ist? Darf ich Sie daran erinnern, dass Sie in der rot-gelb-grünen Bundesregierung erst dafür gesorgt haben, dass es

aktuell Verlierer bei den Krankenhäusern gibt? Dann stellen Sie sich hierher und sagen, wir würden schauen und müssten jetzt in Bayern dafür sorgen, dass es keine Verlierer gibt. Verlierer gibt es dank der verfehlten Bundesgesundheitspolitik. Gratulation! Da können Sie sich mal an Ihre Kollegen wenden!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Im Freistaat Bayern gibt es seit Jahren Unterstützung zu den Investitionskosten, auch über den Krankenhausplanungsausschuss und im Bereich der Krankenhausplanung. Wir FREIE WÄHLER wollen die Grundlagen der bestehenden Versorgungsstrukturen bei den für die stationäre Versorgung verantwortlichen Akteuren stärken und gleichzeitig auf einen maßvollen Ausgleich zwischen Wohnortnähe einerseits und Qualität und Wirtschaftlichkeit andererseits zur bestmöglichen Versorgung der Bevölkerung vor Ort hinwirken. Der 7-Punkte-Plan war schon mal ein Schritt der Bayerischen Staatsregierung mit Maßnahmen und Angeboten für die Krankenhausträger.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wichtig war auch der Krankenhausplanungsausschuss, der für die Krankenhausplanung zuständig ist. Das sind Maßnahmen auf bayerischer Ebene. Das sind notwendige Schritte. Das sind aber noch lange nicht alle notwendigen Schritte. Hier muss noch viel mehr passieren, auch auf bayerischer Ebene.

Wir werden als FREIE WÄHLER weiterhin daran arbeiten, dass wir uns innerhalb der Bayernkoalition auf weitere, dringend notwendige Schritte einigen und diese dann voranbringen. Wir haben schon einiges erreicht, aber noch lange nicht alles, was unsere Krankenhäuser brauchen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

In der Verantwortlichkeit ist hier das bayerische Gesundheitsministerium.

Ich bitte um Zustimmung zum nachgezogenen Dringlichkeitsantrag von CSU und FREIEN WÄHLERN. Den Antrag der GRÜNEN und den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD lehnen wir ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Es liegen zwei Meldungen zu einer Zwischenbemerkung vor. – Zunächst der Kollege Martin Stümpfig, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Frau Kollegin Enders, ich wohne im Landkreis Ansbach. Wir haben eine Größe von 2.000 Quadratkilometern, fast so groß wie das Saarland, und haben drei kleinere Krankenhäuser. Ein Krankenhaus ist schon geschlossen, Neuendettelsau mit der Diakonie. Wir haben wahnsinnig weite Entfernungen zum nächsten Krankenhaus. Da stehen wir wirklich mit dem Rücken an der Wand. Wir haben ein hohes Defizit. Diese kommunalen Krankenhäuser kosten uns 20 Millionen Euro oder 30 Millionen Euro. Wir wissen wirklich nicht weiter. Man ringt um Lösungen.

Ich habe dann der Gesundheitsministerin Gerlach geschrieben. Sie hat vor einem Monat geantwortet und sagt: Es gibt keine rechtliche Grundlage, von staatlicher Seite in den grundsätzlichen Krankenhausbetrieb einzugreifen oder anzuordnen, wo welche Versorgung stattzufinden hat. – Baden-Württemberg ist gleich angrenzend. Die Krankenhäuser in Crailsheim oder Schwäbisch Hall haben wieder eine eigene Struktur. Wir haben die Nachbarlandkreise. Wir können nicht genau wissen, wo denn jetzt die Kardiologie hin soll. Soll sie nach Ansbach, soll sie nach Rothenburg? Wir brauchen eine aktive Krankenhausplanung. Und da verweigert sich die Staatsregierung mit diesem Verweis.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Achten Sie bitte auf die Redezeit.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Genau das, was der Herr Freudenberger sagt, findet eben nicht statt. Es findet keine aktive Krankenhausplanung statt.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende!

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Es war vorher schon überzogen!)

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Anstatt hier zu jammern, wie schlecht es Ihrem Krankenhaus zu Hause geht, hätten Sie sich schon innerhalb der vergangenen Jahre in der Bundesregierung an Ihre Kolleginnen und Kollegen wenden sollen, damit endlich die Betriebskosten, unter denen auch Ihre Krankenhäuser massiv zu leiden haben – –

(Zurufe von den GRÜNEN)

Da kommen Sie hierher und jammern mir die Ohren voll. Bitte in Berlin! Sie haben es vergeigt!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Martin Stümpfig (GRÜNE): Ist das aktive Krankenhausplanung, oder was?)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Und nun Frau Kollegin Waldmann, bitte.

Ruth Waldmann (SPD): Ich möchte gerne feststellen – das gilt auch für Ihre Vorredner –: Die Krankenhausreform ist noch nicht da und ist deswegen auch nicht schuld an den aktuellen Schwierigkeiten, in die die Krankenhäuser über Jahre gekommen sind.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Ach, Frau Waldmann!

(Martin Wagle (CSU): Was ist das denn für eine Argumentation? Das ist doch verrückt! – Weitere Zurufe)

Ruth Waldmann (SPD): Sie kann nicht schuld sein, weil sie noch gar nicht da ist.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Wir brauchen eine Vergütungsreform. Dafür ist diese Krankenhausreform da. Wir haben aktuell einen Leerstand von etwa einem Drittel der Betten in den Kranken-

häusern in Bayern. So kann man natürlich auch keine Erlöse erwirtschaften und wirtschaftlich arbeiten.

(Martin Wagle (CSU): Lieber nichts sagen, bevor man so etwas sagt!)

Deswegen muss eine bessere Planung her.

Aber meine eigentliche Frage ist: Was sagen Sie denn zu den Aussagen auch Ihrer Landrätinnen und Landräte der FREIEN WÄHLER: Das Vorgehen der Staatsregierung erscheint aus Perspektive der Landkreise weiterhin nicht ausreichend. Die Staatsregierung hat die politische Letztverantwortung für eine strukturelle Weiterentwicklung der Krankenhauslandschaft in Bayern. Die Planungsbehörde muss daher aktiv Verantwortung übernehmen. – Was sagen Sie Ihren Landrätinnen und Landräten dazu?

Susann Enders (FREIE WÄHLER): Das sagen Sie, nachdem Ihr Bundesgesundheitsminister Lauterbach

(Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

als Gesundheitsökonom rein wirtschaftlich die Standorte kaputtgespart hat. Bitte seien Sie kurz still.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten – Harry Scheuenstuhl (SPD): Was für eine sinnlose Antwort!)

Der nächste Gesundheitsminister scheint ein Jurist und Wirtschaftsanwalt zu werden. Ich freue mich jetzt schon auf weitere Debatten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Hierzu werden die Anträge wieder getrennt. Ich lasse zunächst über die beiden nachgezogenen Dringlichkeitsanträge in einfacher Form abstimmen.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 19/6251 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die SPD-Fraktion. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Bei Gegenstimmen der Fraktionen der FREIEN WÄHLER, der CSU und der AfD. Stimmenthaltungen! – Bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wer dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion und der Fraktion FREIE WÄHLER auf Drucksache 19/6252 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und der CSU. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Die Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der AfD. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Dann kommen wir zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 19/6240. Diese Abstimmung findet in namentlicher Form statt. Drei Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 21:59 bis 22:02 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung.

(...)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend "Krankenhausplanung in Bayern aktiv gestalten! Kommunen und Kliniken nicht am ausgestreckten Arm verhungern lassen!", Drucksache 19/6240, bekannt. Mit Ja haben 28 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 102. Stimmenthaltungen gab es keine. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 33)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 09.04.2025 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Krankenhausplanung in Bayern aktiv gestalten! Kommunen und Kliniken nicht am ausgestreckten Arm verhungern lassen! (Drucksache 19/6240)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert			
Arnold Dieter			
Arnold Horst	X		
Artmann Daniel		X	
Atzinger Oskar		X	
Bäumler Nicole	X		
Bauer Volker			
Baumann Jörg		X	
Baumgärtner Jürgen			
Baur Konrad		X	
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Becher Johannes			
Beck Tobias		X	
Becker Barbara		X	
Dr. **Behr** Andrea		X	
Behringer Martin		X	
Beißwenger Eric			
Bergmüller Franz			
Bernreiter Christian			
Birzele Andreas			
Blume Markus			
Böhm Martin		X	
Böltl Maximilian			
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert			
von **Brunn** Florian	X		
Dr. **Brunnhuber** Martin		X	
Dr. **Büchler** Markus			
Celina Kerstin	X		
Deisenhofer Maximilian			
Demirel Gülseren			
Dierkes Rene			
Dierl Franc		X	
Dr. **Dietrich** Alexander		X	
Dietz Leo		X	
Dorow Alex		X	
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Eberwein Jürgen		X	
Dr. **Ebner** Stefan		X	
Ebner-Steiner Katrin			
Dr. **Eiling-Hütig** Ute			
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Fackler Wolfgang		X	
Fehlner Martina	X		
Feichtmeier Christiane	X		
Flierl Alexander		X	
Freller Karl			
Freudenberger Thorsten		X	
Friedl Patrick	X		
Friesinger Sebastian			
Frühbeißer Stefan		X	
Fuchs Barbara			
Füracker Albert			
Gerlach Judith			
Gießübel Martina		X	
Glauber Thorsten			
Gmelch Christin		X	
Goller Mia	X		
Gotthardt Tobias			
Graupner Richard		X	
Grießhammer Holger			
Grob Alfred		X	
Groß Johann			
Gross Sabine	X		
Grossmann Patrick		X	
Guttenberger Petra			
Halbleib Volkmar	X		
Halemba Daniel		X	
Hanna-Krahl Andreas	X		
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Heinisch Bernhard		X	
Heisl Josef			
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim			
Hierneis Christian			
Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	
Holz Thomas		X	
Dr. **Hopp** Gerhard			
Huber Martin			
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas			
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas		X	
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas		X	
Kirchner Sandro		X	
Knoblach Paul	X		
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia	X		
Köhler Florian			
Kohler Jochen		X	
Koller Michael		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne	X		
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva	X		
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar		X	
Locke Felix		X	
Löw Stefan			
Dr. **Loibl** Petra			
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd			
Dr. **Mehring** Fabian			
Meier Johannes		X	
Meußgeier Harald		X	
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen			
Mittag Martin		X	
Müller Johann		X	
Müller Ruth			
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin		X	
Nussel Walter		X	
Dr. **Oetzinger** Stephan		X	
Osgyan Verena	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna			
Rauscher Doris	X		
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena		X	
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas		X	
Scharf Martin			
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry	X		
Schießl Werner			
Schmid Franz		X	
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha			
Schöffel Martin		X	
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie			
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. **Schwartz** Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sowa Ursula			
Stadler Ralf			
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona		X	
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Striedl Markus		X	
Dr. **Strohmayr** Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele			
Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias		X	
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus		X	
Freiherr von **Waldenfels** Kristan		X	
Waldmann Ruth	X		
Weber Laura			
Dr. **Weigand** Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja	X		
Widmann Jutta			
Winhart Andreas		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von **Zobel** Felix			
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	28	102	0